

## DER HAUSHALTSAUSSCHUSS HAT GETAGT

# Politik streicht Mittel für Bummert-Pläne

**FINANZEN** SPD und Grüne zweifeln an der Pflicht, das Vorhaben mit Ampeln umsetzen zu müssen

Im Haushaltsentwurf sollen so 250 000 Euro eingespart werden. Bürgermeisterin Beatrix Kuhl will nun das Gespräch mit der Aufsichtsbehörde beim Landkreis suchen.

VON EDGAR BEHRENDT

**LEER** - Bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten für das laufende Jahr standen am Donnerstagabend im Leerer Haushaltsausschuss abermals die umstrittenen Pläne für den Umbau der Bummert-Kreuzung im Mittelpunkt. Nach langer Diskussion wurden die für den Etat 2017 vorgesehenen Mittel – 250 000 Euro – bei einer Gegenstimme von der FDP und einer Enthaltung der AWG gestrichen.

„Niemand will die Ampeln“, hatte Clemens Ressmann (Gruppe Grüne/CDL) seinen Vorschlag begründet. Der Ausschussvorsitzende



Die Umbau-Pläne für die Bummert-Kreuzung (Foto) stehen in der Kritik.

BILD: ORTGIES

Paul Foest (CDU) bestätigte zwar, „dass alle gegen eine Beampelung sind“. Offenbar gebe es aber keine rechtliche Handhabe, sich zu wehren. Das Problem ist die vorliegende verkehrsbehördliche Anordnung. Die Stadt dürfe die Umsetzung nicht schuldhaft verzögern, sagte Carsten Schoch und berief sich auf eine rechtliche Prüfung. Der

Rat könne gegebenenfalls in Haftung genommen werden, so der Stadtbaurat.

Clemens Ressmann sah das anders. Es gebe „keinen Nachweis einer rechtlichen Verpflichtung“. SPD-Fraktionschef Heinz-Dieter Schmidt pflichtete ihm bei: „Wir nehmen die Mittel raus, ohne Wenn und Aber“, forderte er. „Erst wenn schrift-

lich verbindlich vorliege, dass das rechtswidrig ist, sollten wir uns wieder zusammensetzen.“ Sein Parteikollege Hauke Sattler ergänzte: „Wir lassen uns unsere Etathoheit nicht nehmen.“ Bürgermeisterin Beatrix Kuhl (CDU) ist auch gegen die Ampellösung. Sie zeigte aber wenig Verständnis für die Diskussion. „Das Schreiben

des Landkreises ist eindeutig“, sagte sie – willigte aber schließlich ein, ein rechtliches Gespräch mit der Aufsichtsbehörde beim Landkreis zu führen.

Ein weiterer Einsparvorschlag von Ressmann wurde abgelehnt. Er hatte gefordert, die 380 000 Euro teure Ratskeller-Sanierung als Vorbereitung für eine gastronomische Nutzung zu streichen.

Erster Stadtrat Heinz Hauschild wies auf den im Etatentwurf vorgesehenen Kreditbedarf von neun Millionen Euro hin – und sprach von einem „historischen Höchststand“. Gut zwei Drittel davon seien auf den Badneubau (5,3 Millionen Euro), die Erneuerung der Uferpromenade (eine Million Euro) und den Logaer-Weg-Ausbau (mit zunächst 760 000 Euro) zurückzuführen. Die Kommunalaufsicht habe zwar Verständnis für die Lage der Stadt gezeigt. Ob der Etat genehmigt werde, könne er aber noch nicht sagen.